

Kein Bier für Neonazis

Lübecker Gastronomen schenken nicht mehr an Rechtsextreme aus und vermieten ihnen keine Räume

Immer wieder kommt es zu rechtsextremen Übergriffen in Kneipen. Die Gaststättenbetreiber fühlen sich häufig machtlos und ausgeliefert. In Lübeck setzen sie nun ein Zeichen gegen rechts. Mehr als 100 Gastronomen nehmen dort am Projekt „Kein Bier für Nazis“ teil. Das Vorbild, die Regensburger Gastwirte-Initiative „Keine Bedienung für Nazis“, wird heute in Eisleben mit dem Luther-Preis „Das unerschrockene Wort“ ausgezeichnet.

VON ANGELA NEUMANN

Lübeck. In der Hansestadt Lübeck haben sich Gastronomen zusammengeschlossen, um gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Zahlreiche Kneipen- und Restaurantbetreiber beteiligen sich an der Initiative „Kein Bier für Nazis“. Wer durch rechtsextreme oder rassistische Äußerungen auffällt, wird bei ihnen nicht mehr bedient und darf auch keine Räume mieten. Aufkleber mit der Aufschrift „Rassisten werden hier nicht bedient“ an den Eingängen der Gaststätten machen dies deutlich.

Sie möchten nur Geburtstag feiern oder einen Stammtisch für ihren Kaninchenzüchterverband organisieren – das hören Gastronomen in Deutschland immer wieder, wenn Rechtsextreme einen Platz für Versammlungen suchen. Zwar dürfen Gastwirte von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und unbeliebte Gäste abweisen, aber nicht immer wissen sie, wie dabei vorzugehen ist. Und nicht immer sei ihnen dabei wohl zumute, berichten die Initiatoren der

Aktion „Kein Bier für Nazis“. Wie viel Angst Kneipenbesitzer tatsächlich vor rechter Gewalt haben, erlebten die Gründer der Lübecker Initiative, als sie im vergangenen Jahr die ersten Gastwirte baten, bei der Aktion mitzumachen. „Manche hatten Angst, dass ihnen die Scheiben eingeschlagen werden, wenn sie die Aufkleber aufhängen“, erzählt Ingo Schaffenberg, SPD-Mitglied der Bürgerschaft und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in Lübeck.

Je mehr Gastronomen sich an dem Projekt beteiligten, desto einfacher sei es gewesen, weitere zu überzeugen. „Mittlerweile machen mehr als 100 Kneipen- und Restaurantbesitzer allein in der Lübecker Innenstadt mit. Das bedeutet, dass jeder 99 Partner hat. Da braucht niemand Angst zu haben“, sagt Schaffenberg. Er hatte vor zwei Jahren die Idee zu dem Projekt. Unterstützung fand er schnell bei motivierten Jungpolitikern, beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), dem Verein „Klopf, Klopf – Lübeck ist weltoffen“, dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) sowie bei vielen anderen Institutionen. Sie alle wünschen sich eine „weltoffene, tolerante Stadt“, in der „Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt keinen Platz finden“, sagt Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe.

Vor allem gehe es den Initiatoren aber darum, Neonazis keinen Raum für Versammlungen zu bieten. Und das trifft auf Gegenwehr aus rechten Kreisen. Vor allem auf rechtspopulistischen Internetseiten

werden die Initiatoren beleidigt und sogar bedroht. „Was im Internet geschrieben wird, ist nicht ohne“, sagt Schaffenberg. Er versuche jedoch über den Anfeindungen zu stehen. Solche Kommentare bewiesen im Übrigen, wie wichtig ein solches Projekt sei, so Schaffenberg.

„Wir wollen mit der Initiative ein Zeichen gegen rechte Gewalt setzen“, sagt auch Alexander Wagner, Landesvorsitzender der Jusos in Schleswig-Holstein. Mit der Unterstützung von Gewerkschaften wollen er und andere Jungpolitiker das Pro-

„Manche hatten Angst, dass ihnen die Scheiben eingeschlagen werden.“

Ingo Schaffenberg, Bürgerschaftsmitglied

jekt nun in ganz Schleswig-Holstein bekannt machen. „Überall in Deutschland gibt es rassistische Tendenzen. Wir möchten das Problem stärker in die Öffentlichkeit rücken“, sagt der Jungpolitiker.

Die Idee zu dem Projekt ist nicht neu, sie stammt ursprünglich aus Regensburg. Eine Gewalttat war der Auslöser: Im Sommer 2010 verprügelte eine Gruppe von Neonazis einen 22-jährigen Barkeeper in einem Restaurant mitten in Regensburg. Auf den Schock folgte Tatendrang: Mehr als 130 Gastwirte beschlossen gemeinsam, Rechts-

extreme künftig nicht mehr zu bedienen. Das Projekt galt schnell als Vorzeigeprojekt. Mittlerweile gibt es die Initiativen auch in Städten wie Passau, Wuppertal, Nürnberg und Berlin.

In Niedersachsen gebe es eine „solch plakative Kampagne“ bisher nicht, sagt Rainer Balke, Geschäftsführer der Dehoga Niedersachsen. In seinem Zuständigkeitsbereich sei das Problem nicht so offensichtlich wie anderswo. „Wenn das anders werden würde, würden wir uns sicherlich auch an einer solchen Aktion beteiligen“, sagt Balke. Schon jetzt informiere die Dehoga Gaststättenbetreiber, in welchen Gegenden Neonazis vermehrt nach Lokalen für Versammlungen suchen.

Eine ähnliche Initiative wie die in Lübeck wurde in Bremen ins Leben gerufen. Vor zwei Jahren ließ die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) den Slogan „Kein Bier mit Nazis“ auf Bierdeckel drucken und diese in Kneipen verteilen. Die Initiative ging laut NGG-Geschäftsführer Dieter Nickel von Mitarbeitern der Beck's-Brauerei aus. Außerdem habe das Netzwerk „Pro aktiv gegen rechts“ eine Broschüre ausgearbeitet, die Kneipen- und Restaurantbesitzer über den Umgang mit Neonazis informiert. „Sie waren sehr dankbar über die Infos. Denn natürlich ist auch hier die Angst vor rechtsextremen Übergriffen da“, sagt NGG-Geschäftsführer Nickel. Umso wichtiger sei es, rassistischen und rechtsextremen Tendenzen von vorneherein entgegenzutreten.